

Quelle:

Zeitgeschehen im Fokus

Ausgabe Nr. 22; 22.12.2022

<https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-22-vom-2-dezember-2022.html>

Suche nach Frieden in der Ukraine?

Von Jacques Baud

Jacques Baud hat einen Master in Ökonometrie und ein Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst und war Berater für die Sicherheit der Flüchtlingslager in Ost-Zaire während des Ruanda-Krieges, arbeitete u.a. für die Nato in der Ukraine und ist Autor mehrerer Bücher über Nachrichtendienste, asymmetrische Kriegsführung, Terrorismus und Desinformation.

Heute zeigen uns unsere Medien die tragischen Bilder von Kindern und Zivilisten, die bei Kälte und Dunkelheit in die U-Bahn von Kiew geflüchtet sind, um Schutz vor den Bomben zu suchen. Das ist traurig, und sie verdienen unser Mitgefühl. Es ist natürlich einfach, Russland dafür die Schuld zu geben. Doch weder diese Ukrainer noch unsere Medien, Diplomaten oder Regierungen zeigten das gleiche Mitgefühl für die anderen Ukrainer, die im Donbas acht Jahre lang von Kiews Armeen bombardiert wurden und seit 2014 jedes Weihnachten und jeden Winter unter denselben Bedingungen verbringen. Warum ist das so?

Tatsache ist, dass für die ukrainischen Neonazi-Milizen die Menschen im Donbas nur «Untermenschen» sind, die unser Mitgefühl nicht verdient haben. Diese Position wurde acht Jahre lang von unseren Medien geteilt, die *niemals* ihre Stimme gegen diese Angriffe erhoben haben. Diese über 10 000 Toten haben weder unsere Medien noch unsere Diplomaten bewegt, die doch so sehr um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts (HVR) besorgt sind – allerdings nur für gewisse Menschen!

Wenn es unseren Diplomaten und Medien wirklich darum gegangen wäre, einen Krieg in der Ukraine zu verhindern, hätten sie die Missachtung des Status der Krim im Jahr 1995 durch die Ukraine angeprangert; sie hätten den Staatsstreich von 2014 verurteilt; sie hätten die Diskriminierung der russisch-, ungarisch-

und rumänischsprachigen Minderheiten durch die nicht gewählten ukrainischen Behörden im Jahr 2014 verurteilt; sie hätten seit 2014 die Ukraine dazu gedrängt, ihren Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen nachzukommen; sie hätten ein wenig Mitgefühl für die russischsprachigen ukrainischen Zivilisten im Donbas gezeigt, die seit 2014 von ihrer eigenen Regierung bekämpft wurden; sie hätten die internationale Öffentlichkeit vor den Übergriffen der Neonazi-Milizen auf Zivilisten im Donbas gewarnt; sie hätten im Februar³ und dann im August 2021 die Schliessung der ukrainischen Oppositionsmedien verurteilt, die sich anschickten, die internationale Gemeinschaft auf die im März beschlossene Vorbereitung einer Offensive in der Südukraine aufmerksam zu machen; sie hätten den ukrainischen Artilleriebeschuss der Zivilbevölkerung im Donbas Mitte Februar 2022 verurteilt; sie hätten das Verbot von Oppositionsparteien in der Ukraine im Jahr 2022 verurteilt.

Die Ukraine-Krise hätte durchaus vermieden werden können, wenn wir uns bemüht hätten, sie verstehen zu wollen und sie rechtzeitig, d. h. ab 2015, anzugehen. Wir haben es jedoch nicht getan – absichtlich! Die jüngsten Interviews mit Angela Merkel in den deutschen Zeitungen «Der Spiegel» und «Die Zeit» zeigen, dass Deutschland den Frieden in Europa absichtlich geopfert hat, um den Anschein der Einheit in der Nato zu wahren.

Wie immer hört der Westen (sowohl auf linker als auf rechter Seite) den Hauptakteuren nicht zu, sondern setzt seine Lesart des Konflikts durch, die die eigenen Phantasien befriedigt. Am 24. Februar 2022 nannte Wladimir Putin Gründe und Ziele der russischen Intervention. Unsere Journalisten (und offenbar auch unsere Diplomaten) übernahmen das, was ihr Narrativ nährte (Entmilitarisierung und Entnazifizierung), und entfernten das, was ihm widersprach. Tatsächlich haben wir in unserer Lesart des Problems der russischen Intervention die Rationalität entzogen, die die Russen ihr zugeschrieben haben, um Putins Entscheidung im Hinblick auf das Ziel, das wir ihr zugeschrieben haben, als irrational oder unverhältnismässig erscheinen zu lassen. Es ist übrigens genau in demselben Sinn und Geist, wenn erklärt wird, Putin sei krank oder verrückt. Wir (d. h. unsere Medien) haben dadurch das Lagebild verzerrt und damit Bedingungen geschaffen, die einen Dialog verunmöglichen.

Narrative, die den Frieden verhindern

Wie ich immer wieder zu sagen pflege: Von der Art und Weise, wie wir eine Krise verstehen, hängt die Art und Weise ab, wie wir sie lösen. Unsere unaufhaltsame Tendenz, das, was die Protagonisten sagen, durch unsere eigenen, von den Fakten losgelösten «Eindrücke» zu ersetzen, führt unweigerlich zu einer Verschlechterung der Situation. Dies betrifft Journalisten, die wir bereits vor einigen Wochen erwähnt haben und die die Ideen der ukrainischen Neonazis weiterverbreiten, aber auch Analysten, die manchmal als «pro-russisch» angesehen werden. Diese sogenannten Experten haben eine ganze Reihe von Diskursen entwickelt, die versuchen, die russische Intervention zu erklären, und zwar nicht auf der

Grundlage dessen, was die Russen gesagt haben, sondern auf der Grundlage ihrer eigenen Wahrnehmungen. Frieden baut man nicht auf Hirngespinnsten, sondern auf Fakten auf.

Hier einige dieser Narrative in bunter Mischung:

Die russische Intervention sei Ausdruck eines Zivilisationskonflikts: Dieses Narrativ, das sowohl von der extremen Rechten als auch von der extremen Linken propagiert wird, erklärt den Krieg in der Ukraine als eine Konfrontation zwischen einer traditionalistischen, religiös inspirierten Zivilisation und einem «woken» Westen. Das ist falsch. Auch wenn es zwei «grosse» Strömungen gibt, die Gesellschaft auf dem europäischen Kontinent zu verstehen, verläuft die Bruchlinie nicht an der russischen Grenze, sondern zwischen Westeuropa (laut Donald Rumsfeld dem «alten Europa») und Osteuropa (dem «neuen Europa»). Die baltischen Staaten, Polen, Weissrussland, Ungarn oder die Ukraine haben dieselbe Anschauung von Gesellschaft wie Russland. Russland führt keinen Zivilisationskrieg. Man könnte sogar sagen, dass das Gegenteil der Fall ist. Der Westen hat das Gefühl, dass nur seine Sicht der Dinge richtig ist und dass der Rest der Welt seine Weltanschauung übernehmen muss. Die Russen hingegen sind der Meinung, dass jede Gesellschaft einen positiven Aspekt hat und dass es keinen Grund gibt, anderen eine bestimmte Sichtweise aufzuzwingen.

Die russische Intervention soll durch die Ausdehnung der Nato nach Osten verursacht worden sein: So begründen Nato-feindliche Kreise die russische Intervention. Auch diese Behauptung ist falsch. Es gab eindeutig westliche Versprechen, dass die Nato sich nicht nach Osten ausdehnen würde, die nie eingehalten wurden, weil sie nicht in einem Vertrag verankert waren. Trotzdem hegte Russland Anfang der 1990er Jahre die Hoffnung, Teil einer Nato zu werden, die man nach dem Vorbild der OSZE zu einem System der kollektiven Sicherheit umgestaltet hätte, das auf Kooperation statt auf Konfrontation beruht. Aus diesem Grund sahen die Russen die Erweiterung der Nato zunächst nicht als Bedrohung an. Wladimir Putin behielt diese Position bis Anfang der 2000er Jahre bei. Das änderte sich ab 2002, als die Amerikaner unter der Präsidentschaft George W. Bushs begannen, sich aus allen Abrüstungsverträgen zurückzuziehen. Obwohl dies eine wesentliche Herausforderung für die nationale Sicherheit darstellt, war Russland stets der Ansicht, dass es sich um ein Problem diplomatischer Natur handelt, das auf dieser Ebene gelöst werden muss.

Die russische Intervention ziele darauf ab, das Zarenreich oder die Sowjetunion (man weiss es nicht genau) wiederherzustellen: Dieses Narrativ wird von Neonazis (oder ähnlichen Gruppierungen) in den baltischen Staaten, in Polen und in der Ukraine portiert. Es ist eine Form von Verschwörungstheorie, die auf den Schriften Alexander Dugins basiert, der von der Boulevardpresse und unseren Medien als «enger Vertrauter von Wladimir Putin»¹¹ beschrieben wird. Das ist schlichtweg eine Lüge, denn Dugin sieht Putin als «Liberalen» und kritisiert ihn offen. Es scheint sogar, dass die beiden

Männer sich nie getroffen haben,¹³ und er soll laut dem ukrainischen Medium «Euromaidan Press» im Jahr 2014 wegen seiner extremistischen Äusserungen sogar von der Moskauer Universität verwiesen worden sein.¹⁴ Es ist wahrscheinlich diese Rhetorik, die die Ukrainer dazu ermutigt hat, im August 2022 einen Terroranschlag auf Dugin zu verüben, und dies rechtfertigt, dass unsere Medien diese Tat nicht verurteilt haben!

So wird Wladimir Putin (ehemaliges KGB-Mitglied, natürlich!!) unterstellt, er traure der ehemaligen UdSSR nach, wenn er erklärt, dass «die Zerstörung der UdSSR die grösste geopolitische Katastrophe in der Geschichte des 20. Jahrhunderts sei».¹⁵ Dieser Satz taucht regelmässig in den Medien wie «RTS» (Radio Télévision Suisse), «Le Monde»¹⁷, «Le Figaro»¹⁸ oder «France 24»¹⁹ auf, um Putins Bestreben zu illustrieren, die «Grösse» der UdSSR wiederherzustellen. In Wirklichkeit stammt der Satz aus einer Rede vom 25. April 2005, in der Putin die chaotische Art und Weise des Übergangs der russischen Gesellschaft zur Demokratie bedauert und nicht das Ende des Sowjetregimes. Anders als der weissrussische Präsident Lukaschenko ist Wladimir Putin keineswegs ein Nostalgiker, der sich nach einer kommunistischen Welt sehnt. Im Gegenteil, er hat eine sehr «westliche» Wirtschaftspolitik gefördert. Im Übrigen waren auch Alexander Solschenizyn und Alexander Dugin, die als Putins Inspirationsquellen beschrieben werden, vehemente Gegner des Sowjetsystems.

Die russische Intervention sei Ausdruck des Hasses auf das ukrainische Volk: Dieses Argument stammt von ukrainischen Neonazis und wurde von den westlichen «like-minded» Medien weitgehend übernommen. Es besagt, dass Wladimir Putin die Existenz des ukrainischen Volkes leugne und es als Teil des russischen Volkes ansehe, was seine Absicht, die Ukraine «zurückzuerobern», rechtfertigen würde. Dieses Argument stammt aus einer Interpretation eines von Wladimir Putin selbst unterzeichneten und am 12. Juli 2021 veröffentlichten Artikels mit dem Titel «Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern».²¹ Die Antwort der ultra-rechtsextremen ukrainischen Medien wird von unseren Journalisten weiterverbreitet, die behaupten, Wladimir Putin betrachte die Ukraine «als ein Land, das es nicht gibt, und er erkennt die Existenz der Ukraine als Land nicht an».²² Natürlich wird darin eine Verschwörung Wladimir Putins gesehen, um die beiden Länder gewaltsam zu vereinen.²³ Das ist falsch: Zu keinem Zeitpunkt spricht Putin von einer Annexion oder auch nur von einer Wiedervereinigung der Ukraine und Russlands.

Was die ultra-nationalistischen/neonazistischen Medien in Wirklichkeit verschweigen, ist, dass dieser Artikel eine Antwort auf das «Gesetz über indigene Völker der Ukraine» ist, das am 1. Juli 2021 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz erinnert ein wenig an die Nürnberger Rassengesetze der 1930er Jahre und räumt ukrainischen Bürgern je nach ihrer ethnischen Herkunft unterschiedliche verfassungsmässige Rechte ein, wie der Abgeordnete Oleg Seminsky von der Präsidentenpartei präzisiert.²⁵ In seinem Artikel erkennt Wladimir Putin nicht nur unmissverständlich die Existenz der

Ukraine an, indem er sie als «freien Staat» definiert, sondern er spricht auch eindeutig von der «Souveränität der Ukraine». Seine Absicht ist also eindeutig nicht, eine Wiedervereinigung von Russland und der Ukraine zu suggerieren, sondern der Ukraine klarzumachen, dass sie keinen Grund hat, ihre russischstämmigen Bürger gegenüber den ukrainischstämmigen Bürgern zu diskriminieren.

Die russische Intervention sei durch Hass auf den Westen, auf Europa und/oder ihre Demokratie motiviert: Aus Hass auf die Demokratie habe Wladimir Putin einen Krieg gegen den Westen angezettelt. Doch erinnern wir uns daran, dass es 2013 die Europäische Union war, die sich gegen ein Abkommen mit der Ukraine stellte, das ihre wirtschaftlichen Interessen mit Russland in Einklang gebracht hätte. Genau dasselbe Argument wurde uns als Erklärung für die islamistischen Terroranschläge serviert, deren einziger Grund unsere illegalen, illegitimen und kriminellen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten waren (gegen die, das sei angemerkt, die Schweizer Regierung – eine grosse Verfechterin des humanitären Völkerrechts – keinerlei Sanktionen ergriffen hat!). Für Russland stützt sich dieses Argument auf die Behauptung, Wladimir Putin habe diesen Krieg 2014 begonnen, weil er sich gegen den Vertrag zwischen der Ukraine und der Europäischen Union gestellt habe.²⁶ Das ist falsch, denn es war der damalige Präsident der Europäischen Kommission, José-Manuel Barroso, der der Ukraine selbst eine Wahl aufzwang, während Russland eine Kompromisslösung angeboten hatte.²⁷ Die Präsidenten der Europäischen Kommission werden wahrlich nicht auf Grund ihrer Ethik oder ihrer Kompetenz ausgewählt.

In Wirklichkeit...

Diese verschiedenen Narrative sind weder Motiv noch Ursache für die russische Militärintervention in der Ukraine. Sie sind lediglich im Hintergrund existierende «begünstigende Faktoren» (enabling factors), die dazu beitragen, die Kluft zwischen dem Westen und Russland zu vertiefen, was Russland jedoch nie als Grund für eine militärische Konfrontation erachtet hat.

Sie machen den Krieg in der Ukraine zu einem unabwendbaren Schicksal, das nicht durch Verhandlungen beeinflusst werden kann. Deshalb tauchen sie in unseren Medien (wieder) auf, um zu zeigen, dass es keinen Sinn hat, einen Dialog zu eröffnen. Es handelt sich um revisionistische Konstruktionen von Ereignissen, die sich auf keine konkreten Fakten stützen und einer Verschwörungstheorie ähneln.

Der Auslöser für die russische Sonderoperation war der Donbas. Die Opfer im Donbas werden nie erwähnt werden, weil sie den eigentlichen Grund für die russische Intervention darstellen. Einige werden sagen, dass es sich dabei lediglich um einen Vorwand handle. Das ist durchaus möglich. Aber wir haben alles getan, um Putin diesen Vorwand zu liefern, der im übrigen an sich vollkommen legitim ist. Es geht um nichts anderes als die Anwendung des Prinzips der «Responsibility to protect» (R2P). Hätten sich unsere Diplomaten ab 2014 um die Einhaltung des HVR bemüht, wären wir nicht in dieser Situation.

Es sei darauf hingewiesen, dass unsere Medien den Beginn «des Krieges» auf Februar 2022 datieren. Dieser Krieg hat jedoch bereits 2014 begonnen, und die russische Intervention ist lediglich eine Militäroperation im Rahmen dieses Krieges. Die Neonazis bestreiten jedoch, dass es sich um einen Krieg handelt, und nennen ihn seit 2015 «Anti-Terror-Operation», um sich nicht mehr an das HVR halten zu müssen, das allgemein als Kriegsrecht bekannt ist.

Der Grund, warum unsere Medien den Beginn des Krieges auf den 24. Februar (und nicht auf 2014) datieren und nie über die Opfer im Donbas sprechen (oder sie von der russischen Operation abkoppeln), ist, weil sie einen legitimen Grund für eine Intervention liefern. Die ukrainischen Neonazi-Milizen, die in der Donbas-Region operierten, betrachteten russischsprachige Menschen als «Untermenschen».

Durch ihr Schweigen zu diesen Verbrechen zeigen unsere Medien – und unsere Politiker –, dass sie eine ähnliche Einstellung haben. Sie wollen allerdings nicht mit Neonazis gleichgesetzt werden. Daher sieht «RTS» in der Ukraine keine Neonazis (oder misst ihnen nur marginale Bedeutung bei) und tut alles als Kreml-Propaganda ab.³⁰ Dass «RTS» nicht nach den Grundsätzen der Münchner Charta arbeitet, zeigt sich in den differenzierteren Äusserungen amerikanischer Medien. Der «Atlantic Council», ein mit der Nato und der US-Regierung verbundenes Medium, hatte schon lange davor gewarnt, dass «das Asow-Regiment sich nicht entpolitisiert hat»³¹ und dass «die Ukraine ein echtes Problem mit rechtsextremer Gewalt hat»³² (nein, nicht «RT» [Russia Today] hat diese Schlagzeile geschrieben). Im März dieses Jahres schrieb «NBC News», dass «das Naziproblem in der Ukraine real ist»³³ – im Gegensatz zu den Behauptungen von «RTS» – während das zentristische US-Medium «The Hill» erklärte, dass dies nichts mit der Propaganda des Kreml zu tun habe.³⁵ Unsere Medien haben offensichtlich sehr merkwürdige politische Präferenzen, und ich glaube gerne, dass sie keine Neonazi-Sympathien hegen, aber ihre Analysen zeigen dies nicht.

Wir haben bereits gesehen, dass einige Journalisten des Service public der Schweiz Theorien über eine islamistische Verschwörung aufrechterhalten, die den Westen bedrohe und auf einen «Grossen Austausch» abziele!³⁷

Im übrigen ist ihre Haltung gegen jegliche Verhandlungen auch heute noch nur möglich, wenn sie die ukrainischen Verluste völlig ausser Acht lassen. Seit Februar 2022 tun sie so, als ob der Krieg nur auf russischer Seite Opfer fordere: Die Ukrainer führen einen siegreichen Krieg ohne Verluste.

Weil uns der Preis, den die Ukrainer zahlen, niedriger erscheint als der von den Russen gezahlte Preis, ermutigen wir die Ukraine, weiter zu kämpfen. Das Problem ist, dass die Situation genau umgekehrt ist. Wir wissen das, aber wir weigern uns, es zu sagen.

Die Position der Schweiz

Am 23. November erklärte unser Botschafter in Kiew, den ich gut kenne, gegenüber dem Westschweizer Fernsehen «RTS», dass Verhandlungen mit Russland bedeuten würden, den Aggressor zu belohnen. Er stellte klar, dass die Schweiz in diesem Konflikt nicht neutral sei, sondern «das Neutralitätsrecht» anwende, das darin bestehe, keinem Bündnis beizutreten und keine Waffen an die Kriegsparteien zu liefern. Die Schweiz stehe angesichts des illegalen und illegitimen Charakters dessen, was Russland tut, hinter der Position der Ukraine und halte sich an das humanitäre Völkerrecht.

Zu seinem Pech gab Angela Merkel bereits am nächsten Tag im «Spiegel» zu, die Ukraine habe das Minsker Abkommen nicht unterzeichnet, um es umzusetzen, sondern um Zeit zu gewinnen und ihre Armee wieder auf Kriegskurs zu bringen. Sie sei selbst das Minsker Abkommen eingegangen, ohne wirklich die Absicht zu haben, es umzusetzen. Dieses Geständnis wird sie in ihrem Interview mit der «Zeit» vom 8. Dezember bestätigen. Das ist eigentlich nichts Neues, da Petro Poroschenko bereits dasselbe zugegeben hatte und klarstellte, dass er das Abkommen nur unterzeichnet habe, um der Ukraine die Wiederaufrüstung zu ermöglichen,⁴² und sogar von Journalisten am Telefon diesbezüglich in die Falle gelockt worden war. Neu ist das Geständnis, dass Deutschland ein Komplize der Ukraine war und nicht bereit war, seine Aufgabe als vertrauenswürdiger Garant zu erfüllen. Zudem hatte im Juni 2022 die Veröffentlichung des Telefongesprächs vom 20. Februar 2022 zwischen Emmanuel Macron und Wladimir Putin gezeigt, dass Macron das Minsker Abkommen, dessen Garant er sein sollte, schlichtweg nie gelesen hatte.⁴⁴

Das heisst so viel wie: Die westlichen Hauptakteure des Minsker Abkommens geben selbst zu, dass sie die Abkommen zwar eingegangen seien, aber ohne die Absicht, sie je einzuhalten. Sie haben also sowohl die Russen als auch die Bevölkerung des Donbas und das ukrainische Volk belogen. Ich erinnere daran, dass Russlands Position bis Februar 2022 die Autonomie (und nicht die Unabhängigkeit) der Donbas-Republiken unter der Autorität Kiews war, wie es im Minsker Abkommen vorgesehen war.

Angela Merkels Geständnis schlug im «Rest der Welt» wie eine Bombe ein, da es die Doppelzüngigkeit des Westens demonstrierte. Natürlich erwähnen unsere Schweizer Medien Angela Merkels Geständnis nicht, denn sie geben der Tatsache Recht, dass Wladimir Putin dem Westen nicht vertraut! Der Westen liess nicht nur die Ausschreitungen gegen die russischsprachigen Ukrainer im Donbas zu, sondern hatte auch nicht die Absicht, die Minsker Vereinbarungen, die Gegenstand der Resolution 2202 (2015) des Uno-Sicherheitsrats waren, durchzusetzen. Das Anliegen unseres Botschafters, die Einhaltung des Völkerrechts durchsetzen zu wollen, ist vollkommen legitim, aber man hätte dies bereits 2015 proklamieren müssen und nicht erst 2022, nachdem die Lage katastrophal geworden war.

Die Erklärungen unseres Botschafters und die fast zeitgleichen Erklärungen von Angela Merkel klingen wie ein unglaubliches Versagen der europäischen (und schweizerischen) Diplomatie und zeigen, dass

unsere Auffassung von HVR von variabler Geometrie ist und als Vorwand benutzt wird, um die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nicht zu fördern.

Die Äusserungen unseres Botschafters in Kiew bezüglich der Idee von Verhandlungen zur Lösung des Konflikts in der Ukraine werfen mehrere Probleme auf:

Das erste ist, dass er den Konflikt wie ein Fussballspiel betrachtet, bei dem man in die Verlängerung gehen muss, um bessere Voraussetzungen für Verhandlungen zu haben. Das könnte man verstehen, wenn es sich um ein Spiel handelte, aber es bedeutet, dass man die menschlichen Kosten dieser Verlängerungen geringschätzt.

Das zweite ist, dass, wie er ganz richtig sagt, die Entscheidung, zu verhandeln, «bei den Ukrainern liegt». Das Problem ist nun, dass wir Selenskij mindestens drei Mal im Februar, März und August daran gehindert haben (abgesehen davon, dass wir ihm nie dabei geholfen haben, sein Programm ab 2019 umzusetzen), indem wir ihn dazu gedrängt haben, seine Vorschläge fallen zu lassen. Auch hier hat sich die Schweiz, die im Vorfeld der Minsker Vereinbarungen massgebend gewesen war, seither zurückgehalten.

Der dritte Punkt ist, dass die Schweiz, wie der Botschafter selbst sagt, in dieser Angelegenheit nicht neutral ist. Der Kern des Problems ist jedoch nicht, dass die Schweiz der Ukraine zu Hilfe kommt (was auch gut ist), sondern dass sie nicht in der Lage war, eine objektive Analyse der Situation vorzunehmen, die unabhängig von der ukrainischen Propaganda ist. Heute sind die Kommunikationskanäle zwischen dem Westen und Russland unterbrochen, und es bestehen nur noch lose Verbindungen zu den USA, wenn es um den Austausch von Gefangenen oder um nukleare Fragen geht. In diesem Zusammenhang ist jedoch festzustellen, dass Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Vermittler sind – weder Europa noch die Schweiz. Im Dezember war es die Türkei, die ein Treffen zwischen Wolodimir Selenskij und Wladimir Putin ankündigte. Doch keines dieser Länder ist ein Vorbild für demokratische Regierungsführung, ihre Handlungen sind nicht besonders neutral und die Türkei liefert sogar Waffen an die Ukraine. Warum hat Russland also mehr Vertrauen in die Türkei als in die Schweiz?

Dummköpfe und Verschwörungstheoretiker werden sagen, dass «nur Diktatoren einander verstehen können». Eine weniger primitive Erklärung ist, dass die Türkei eine ausgewogenere Beurteilung des Konflikts hat. Wie der «Kyiv Independent» schreibt: «Die Türkei unterstützt nachdrücklich die territoriale Integrität der Ukraine, obwohl sie gegen die Anstiftung von Widersprüchen in der Region durch die «unfassbare Politik» gegen Russland ist».⁵⁰ Während unser Diplomat als Richter auftritt, versucht Erdogan, ein regionales Sicherheitsproblem zu lösen und den Verlust von Menschenleben zu stoppen.⁵¹ Das ist der Unterschied zwischen einem ideologischen und einem pragmatischen Ansatz. Für

eine effektive Vermittlungsarbeit müssen nicht die Fakten den Schlussfolgerungen angepasst werden, sondern die Schlussfolgerungen den Fakten.

Viertens drückt sich unser Botschafter wie jemand aus, der Russland bestrafen will, anstatt nach einer Lösung für das Problem zu suchen. Wenn man Richter und Partei ist, ist es unmöglich, eine vermittelnde Rolle zu spielen. Das ist bedauerlich. Weil die Schweiz nicht als Richterin auftrat, konnte sie zwischen den USA, dem Iran und Kuba vermitteln. Dazu musste sie weder kommunistisch noch islamisch werden.

Das fünfte ist, dass der Schweizer Botschafter die Situation so darstellt, wie er sie gerne hätte, und nicht so, wie sie ist. Er zeichnet ein sehr rosiges Bild von den militärischen Fähigkeiten der Ukraine, indem er erklärt, dass sie versucht, ihre jüngsten Erfolge in Charkow und Cherson auszunutzen, um weiter zu siegen.

Unser Botschafter ist der Meinung, dass Russland aus Angst vor einer ukrainischen Rückeroberung Verhandlungen anstrebt und es daher für die Ukraine nicht der richtige Zeitpunkt ist. Das Problem ist, dass dies absolut nicht der Realität entspricht. Die Einnahme des Gebiets von Charkow, das die Russen zuvor verlassen hatten, war für die Ukrainer tödlich, obwohl es keine Kämpfe gab: Sie kamen in eine «Feuerzone» (огневой мешок) und wurden von der russischen Artillerie vernichtet, ohne ihren «Erfolg» ausnutzen zu können. Dasselbe gilt für Cherson, das die Ukraine bereits zwei Tage vor dem Interview unseres Botschafters zu evakuieren beschlossen hatte, nachdem sie vergeblich versucht hatte, [Artillerieeinheiten dort zu positionieren](#).⁵² Seit Februar sind die Ukrainer nur in Gebiete vorgerückt, die zuvor von den Russen verlassen worden waren. Sie rückten kampflös vor und wurden dann in diesen Zonen von der Artillerie der Russen vernichtet, ohne dass die Russen Verluste erlitten. Das erklärt, warum Selenskij dem russischen Abzug in Cherson skeptisch gegenüberstand und (zu Recht) befürchtet hatte, dass [es sich um eine Falle handle](#): Er hatte aus den Ereignissen in Cherson gelernt! Bis Anfang Dezember 2022 wurden alle ukrainischen «Gegenoffensiven» (oder genauer gesagt, «Gegenangriffe») abgewehrt.



Der Kern des Problems: sein Verständnis

Das Interview mit unserem Botschafter führt uns – einmal mehr – zur Feststellung, dass das Kernproblem die Unfähigkeit unserer Medien und Behörden ist, den Konflikt auf der Grundlage von Fakten und nicht auf der Grundlage ihrer Ideologie zu verstehen. Sie sind nicht die einzigen, denn der im September veröffentlichte «Sicherheitsbericht der Schweiz 2022» greift dieselbe Rhetorik auf, ohne jegliche Analyse, was für ein Dokument, das unsere Sicherheitspolitik leiten soll, sehr schwerwiegend ist und uns in die falsche Richtung drängt. Aber das ist eine andere Debatte!

Jedes Ereignis, das von unseren Politikern und Medien präsentiert wird, wird losgelöst von seinem Kontext und den Prozessen, die zu ihm geführt haben, geliefert: Alles wird so dargestellt, als ob es völlig unvorhersehbar und irrational wäre. Dabei ist das, was wir beobachten, so vorhersehbar, dass die Analysten der «RAND Corporation» es bereits für 2019 vorhergesagt und den Westen vor den Risiken seiner Politik gegen Russland gewarnt hatten.⁵⁵ Wir sind es also, die diese Situation bewusst herbeigeführt haben!

Das westliche Narrativ basiert auf der Vorstellung, dass Russland versucht, die Ukraine zu erobern. Daher messen wir den Erfolg der Russen an der Geschwindigkeit, mit der sie voranschreiten. Da diese Geschwindigkeit niedrig ist, sehen unsere Medien (und unsere Diplomaten!) darin einen Misserfolg. Die Russen aber messen ihren Erfolg in zerstörtem Potenzial und nicht in Kilometern. Im Juni 2022 erklärte

David Arakhamia, Selenskijs Berater, dass die Ukraine täglich 1000 Mann (getötet und verwundet) verliere.⁵⁶ Zu dem Zeitpunkt befand man sich in den Kämpfen in Lysychansk und Severodonetsk.

**Number of explosions in Donbass reported by the OSCE Observers
(August 2020 - February 2022)**



Ende November 2022, als der Botschafter sich äusserte, fand schon seit mehreren Wochen die Schlacht bei Bakhmut statt, und sie wird noch tödlicher sein. Die ukrainischen Verluste werden das Äquivalent eines Bataillons pro Tag erreichen! Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass – vereinfacht gesagt – die Russen ihre Ziele auch ohne Bewegung erreichen könnten: Es genügt, wenn die von unserem Botschafter erwähnten berühmten ukrainischen «Gegenoffensiven» an der russischen Verteidigung zerschellen. Dies hatte General Surowikin, der Befehlshaber der Operation in der Ukraine, bereits Anfang Oktober gesagt.⁵⁷ Natürlich würde unsere öffentliche Meinung – die bereits unter den Sanktionen leidet – die Art unserer Unterstützung für die Ukraine ablehnen, wenn sie wüsste, dass sie eine unnötige Verlängerung des Konflikts fördert.

Darüber hinaus hat unser Diplomat immer noch nicht verstanden, dass die Russen nach den Prinzipien von Clausewitz funktionieren, indem sie davon ausgehen, dass a) Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist und b) operative Erfolge in strategische/politische Erfolge umgewandelt werden müssen.

Mit anderen Worten: Auch wenn das ursprüngliche Ziel der Russen darin bestand, die Sicherheit der Bevölkerung im Donbas zu gewährleisten, ist alles andere das Ergebnis von Anpassungen ihrer politisch-strategischen Ziele im Zuge ihrer operativen Erfolge.

Hätte man Selenskij Ende Februar 2022 verhandeln lassen, wäre es wahrscheinlich zu einer Lösung ähnlich der Situation am 24. Februar gekommen, mit Garantien für die Neutralität der Ukraine und für die Sicherheit des Donbas. Dies war übrigens der Inhalt von Selenskijs Vorschlag im März, und die Russen waren bereit, darüber zu diskutieren. Aber indem man diese Verhandlungen verhinderte, gab man Russland Raum, seine operativen und damit strategischen Ziele neu zu gestalten. Ausserdem hat man Moskau gezeigt, dass das Entscheidungszentrum nicht in Kiew oder Brüssel liegt, sondern in Washington.

So hatte Russland bis dahin die ukrainische Energieinfrastruktur nicht angegriffen, doch die Entschlossenheit des Westens, den Konflikt zu verlängern, veranlasste es, den Druck zu erhöhen. Nun richtet sich dieser Druck nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch – und vor allem – gegen den Westen, der sich verpflichtet hat, die Ukraine wieder auf die Beine zu bringen. Dies entwickelt sich zu einer titanischen Last für Europa.

Heute ist festzustellen, dass die Stimmen, die zu Verhandlungen aufrufen, von den Militärs und ihren Geheimdiensten (insbesondere den amerikanischen) kommen. Im Gegensatz zu unseren Diplomaten haben sie vollkommen verstanden, dass es der Ukraine nicht gelingen wird, die von Russland besetzten Gebiete zu befreien, und dass man sich auf einen Dialog einlassen muss. Das «Wall Street Journal» enthüllte, dass das US-Militär die an die Ukrainer gelieferten HIMARS-Raketen heimlich modifiziert hat, um zu verhindern, dass sie rusgisches Territorium erreichen.⁵⁸ Im Klartext: Das US-Militär versucht, eine Eskalation des Konflikts zu verhindern, und hat dies den Russen deutlich signalisiert. Problematisch ist, dass, während das Militär versucht, die Lage zu beruhigen, die Politiker versuchen, die Situation zu eskalieren.

Der Westen ist gefangen zwischen seinem Narrativ und der Realität der Dinge. Wenn man das, was ich seit März dieses Jahres gesagt habe, berücksichtigt hätte, wäre die Ukraine heute wahrscheinlich in einer viel besseren Position! Deshalb bezeichnen mich die Neonazis als «pro-Putin» und «Verschwörungstheoretiker», während man mich in den USA eher als «pro-ukrainisch» sieht! Aber wir haben Medien, die nicht versuchen, das Verständnis oder die Lösung von Problemen zu erleichtern, sondern uns einen ideologischen Blick auf diesen Konflikt aufzwingen wollen. Wir würden uns wünschen, dass sie sich mit demselben Eifer für die Palästinenser, Syrer, Libyer, Iraker und Afghanen einsetzen, aber bislang waren sie nur destabilisierende Faktoren.

Die jüngsten Äusserungen von General Walerij Saluschnyj, dem Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte, in «The Economist» widersprechen dem Optimismus unserer Diplomatie und der Propaganda unserer Medien.⁵⁹ Sie zeigen zwei Dinge. Das erste ist, dass die Erklärungen unseres Botschafters in völligem Widerspruch zu den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort stehen. Das zweite ist, dass die tatsächliche Lage der ukrainischen Streitkräfte, die den Analysen entspricht, die wir hier bereits vorgelegt haben, in unseren traditionellen Medien, die nicht mehr und nicht weniger als Propaganda betreiben, offensichtlich ausgeblendet wird.

Wie kann unsere Diplomatie sich vorstellen, zu einer Lösung des Konflikts beizutragen, ohne ihn zu verstehen?

Fordern die Russen Verhandlungen?

Laut dem Schweizer Botschafter in Kiew ist es Russland, das heute um Verhandlungen bittet, da es sich in einer schwachen Position befinde. Das ist falsch.

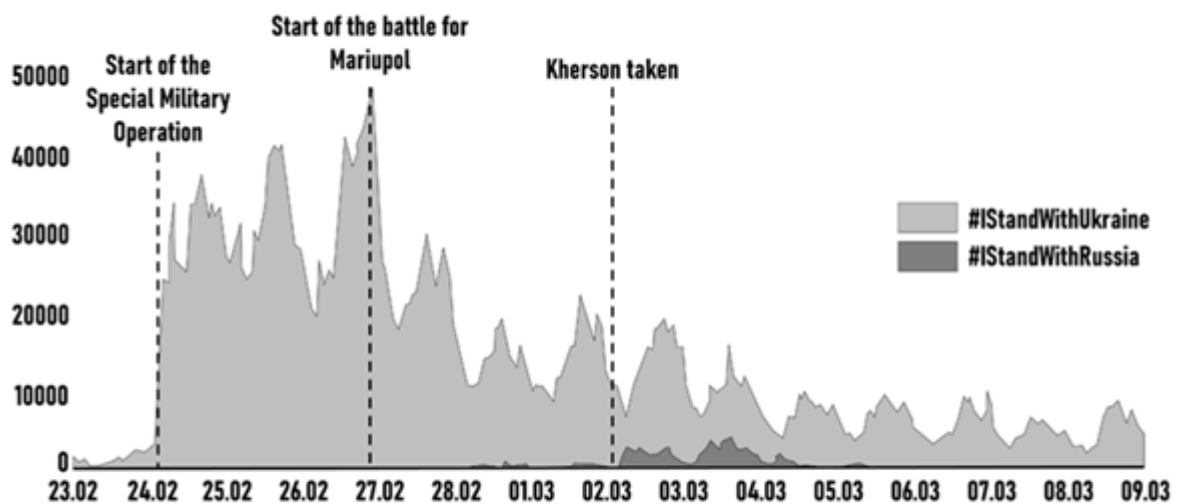
Ende Oktober stellte selbst der US-Aussenminister Anthony Blinken fest, dass Wladimir Putin nicht mehr um Verhandlungen ersuche. Tatsächlich musste der Westen bereits im November zugeben, er habe die Situation nicht mehr unter Kontrolle. Am 1. Dezember erklärte Joe Biden, er sei bereit, mit Wladimir Putin zu verhandeln.⁶¹ Am 2. Dezember sprach Olaf Scholz mit Wladimir Putin, um ihm einen Verhandlungsprozess vorzuschlagen.⁶² Aus der vom Kreml erstellten Abschrift des Gesprächs geht eindeutig hervor, dass Scholz Putin angerufen hat. In diplomatischer Hinsicht bedeutet dies, dass Scholz der Bittsteller ist und nicht Putin. Am 5. Dezember deutet Antony Blinken auf einer vom «Wall Street Journal» organisierten Konferenz an, dass die USA bei Verhandlungen mit Russland die Forderung nach Rückgabe der Krim an die Ukraine fallen lassen könnten. Am selben Tag schlägt Emmanuel Macron vor, mit Russland zu verhandeln und ihm die Sicherheitsgarantien zu geben, die es ein Jahr zuvor gefordert hatte.⁶⁵

Die westlichen Politiker wussten also nicht nur von Anfang an, dass das Minsker Abkommen nicht umgesetzt werden würde, sondern sie hatten auch erklärt, dass sie die Sanktionen gegen Russland erst dann aufheben würden, wenn das Abkommen umgesetzt sei.⁶⁶ Die Böswilligkeit des Westens ist offensichtlich, und es ist kaum vorstellbar, dass dies heute ein verhandlungsfreundliches Klima schafft.

Als Russland im Februar seine Operation startete, hatte es als erstes Ziel, die Sicherheit der Menschen im Donbas zu gewährleisten. Das war das Ziel der Minsker Vereinbarungen, das die Ukrainer nicht umsetzen wollten. Das ist es, was der Westen bewusst vernachlässigt hat. Die Drohung einer Invasion gegen die Bevölkerung des Donbas Anfang Februar 2022 veranlasste die Russen dann, diese Sicherheit mit ihrer Intervention durchzusetzen.

Die *International Crisis Group* (von George Soros finanziert) hat die Entwicklung der Explosionen im Donbas seit 2020 aufgezeichnet. Es wird deutlich, dass die Explosionen ab März 2021, kurz nachdem Präsident Wolodimir Selenskij ein Dekret zur Rückeroberung der Krim und des Südens des Landes erlassen hat, auf eine erste Intensitätsstufe ansteigen. Diese Intensitätsstufe wird das ganze Jahr 2021 über bestehen bleiben. Es erklärt die russischen Machtdemonstrationen an der Grenze ab April und ist offenbar der Grund für die Planung eines vorbehaltenen Entschlusses für eine Intervention zugunsten der Bevölkerung im Donbas, aber noch kein fester Entschluss. Daher erklärten Ende Januar/Anfang Februar die Nato,⁶⁸ der französische Militärgesheimdienst⁶⁹ und die Ukrainer selbst,⁷⁰ dass es keine Hinweise auf einen Entschluss gebe.

Cyberactivity at the start of the Russian Special Military operation
(Bots #IStandWithRussia vs. #IStandWithUkraine)



Source: Bridget Smart, Joshua Watt, Sara Benedetti, Lewis Mitchell & Matthew Roughan, « #IStandWithPutin versus #IStandWithUkraine: The interaction of bots and humans in discussion of the Russia/Ukraine war », The University of Adelaide, 15 august 2022 (<https://arxiv.org/abs/2208.07038>)

Eine Studie der Universität Adelaide (Australien) über Cyberaktivitäten zu Beginn dieses Jahres in der Ukraine zeigt, dass die Ukrainer eindeutig auf eine Intensivierung der Militäroperationen vorbereitet waren. Ab dem 24. Februar befanden sich die Cyberaktivitäten ukrainischer Bots sofort auf einem sehr hohen Niveau, und erst einige Tage später begannen die russischen Cyberaktivitäten.⁷¹ Dies deutet darauf hin, dass die ukrainischen Netzwerke ihre Cyberangriffe bereits vor dem 24. Februar vorbereitet hatten und bereit waren, sie an diesem Tag sehr schnell auszulösen.

Am 24. Februar war das Ziel Russlands begrenzt, und Wladimir Putin ging wahrscheinlich davon aus, dass seine Operation die Ukraine zu Verhandlungen bewegen und schnell beendet würde. Seine Rechnung ging auf, denn bereits am 25. Februar forderte Selenskij die Aufnahme von Gesprächen, die an der Grenze zu Belarus begannen. Es war der Westen, der diesen Prozess schnell unterbrach. Ende März 2022 das gleiche Szenario: Die Russen waren bereit, über Selenskij's Vorschläge zu diskutieren,

und hatten als Zeichen des guten Willens ihre Truppen aus dem Norden des Landes abgezogen. Anfang April drängte der Westen Selenskij jedoch, seine Vorschläge zurückzuziehen. Die Idee, Russland verfolge das Ziel, die Ukraine zu «übernehmen» und zu «zerstören», kam aus dem Westen und nicht aus Russland, diente aber dazu, alle ukrainischen Versuche, die Krise zu überwinden, kurzzuschliessen.

Die Russen haben nicht die Ukraine unterschätzt, sondern die Bereitschaft des Westens, einen Konflikt zu wollen. Sie erkannten daraufhin, dass es dem Westen nicht um die Ukraine, sondern um den Zusammenbruch Russlands ging und dass er alles tun würde, um die Ukraine daran zu hindern, sich auf Verhandlungen einzulassen.

Im April/Mai 2022 existierte die ukrainische Armee vom Februar praktisch nicht mehr, und der Westen kam ins Spiel, um die ukrainische Verteidigung über Wasser zu halten. Zu diesem Zeitpunkt begann die Ukraine mit dem Einsatz territorialer Truppen, um der russischen Koalition entgegenzuwirken. Die Demonstrationen der Ehefrauen und Mütter der ukrainischen Soldaten wurden gewaltsam unterdrückt.⁷²

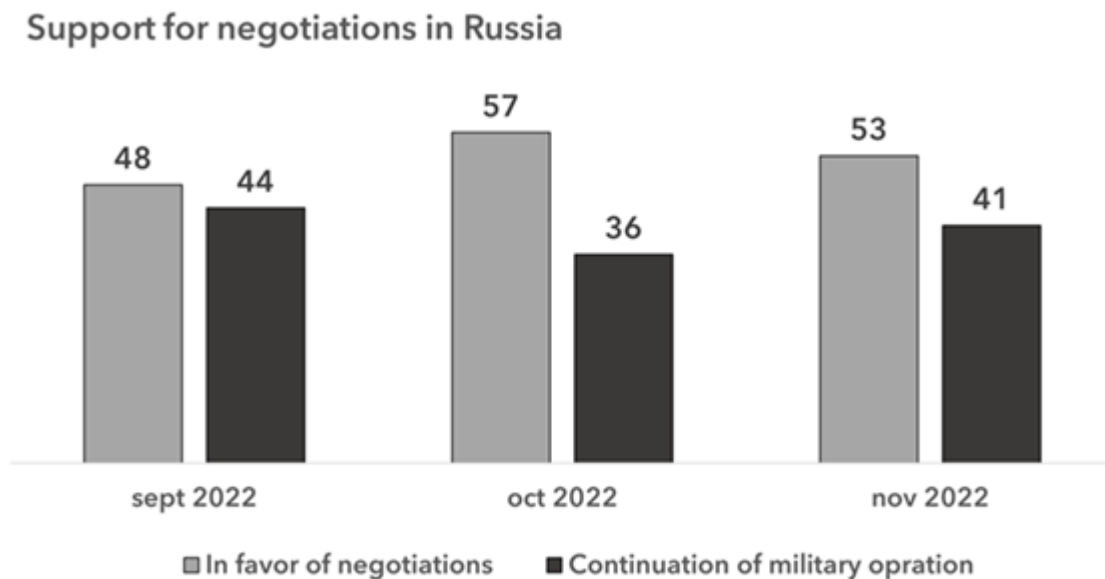
Die Russen wissen, dass dieser Konflikt auf die eine oder andere Weise an einem Verhandlungstisch enden wird. Ihre Strategie, um dies zu erreichen, besteht darin, die Energieinfrastruktur des Landes zu treffen, um einerseits im Land Druck für einen Verhandlungsprozess zu erzeugen, andererseits aber auch, um dem Westen zu zeigen, dass eine Verlängerung des Krieges – insbesondere durch Waffenlieferungen – für ihn in Zukunft untragbare Kosten verursachen wird.

Die Position der russischen Regierung ist seit Februar 2022 eindeutig, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Angesichts der mangelnden Aufrichtigkeit des Westens wird sie jedoch nicht die Initiative ergreifen. Im Gegensatz zu dem, was unser Botschafter sagt, ist also nicht Russland der Bittsteller.

Anfang Dezember und insbesondere nach Angela Merkels Enthüllungen im «Spiegel» und in der «Zeit» wurde der russischen Öffentlichkeit klar, dass Wladimir Putin nicht gelogen hatte und dass der Westen es nicht ehrlich meint. Am 9. Dezember erklärte Wladimir Putin auf seiner Pressekonferenz in Bischkek (Kirgistan), dass das Vertrauensniveau in den Westen «fast bei null» liege.⁷³ Deshalb wird die russische Regierung, auch wenn sie seit Februar die Position vertritt, eine Verhandlungslösung zu erreichen, angesichts der Unaufrichtigkeit des Westens nicht die Initiative ergreifen. Im Gegensatz zu dem, was unser Botschafter sagt, ist es eindeutig nicht Russland, das Verhandlungen fordert.

Dies erklärt, warum die öffentliche Meinung in Russland weiterhin auf der Linie der Regierung liegt, wenn man der jüngsten Umfrage des Levada-Zentrums (das in Russland als ausländischer Agent gilt) Glauben schenkt. Sie zeigt, dass 53 % der Befragten Verhandlungen befürworten würden (gegenüber 57 % im Oktober), während 41 % einen Krieg befürworten würden (gegenüber 36 % im Oktober). Diese Zahlen

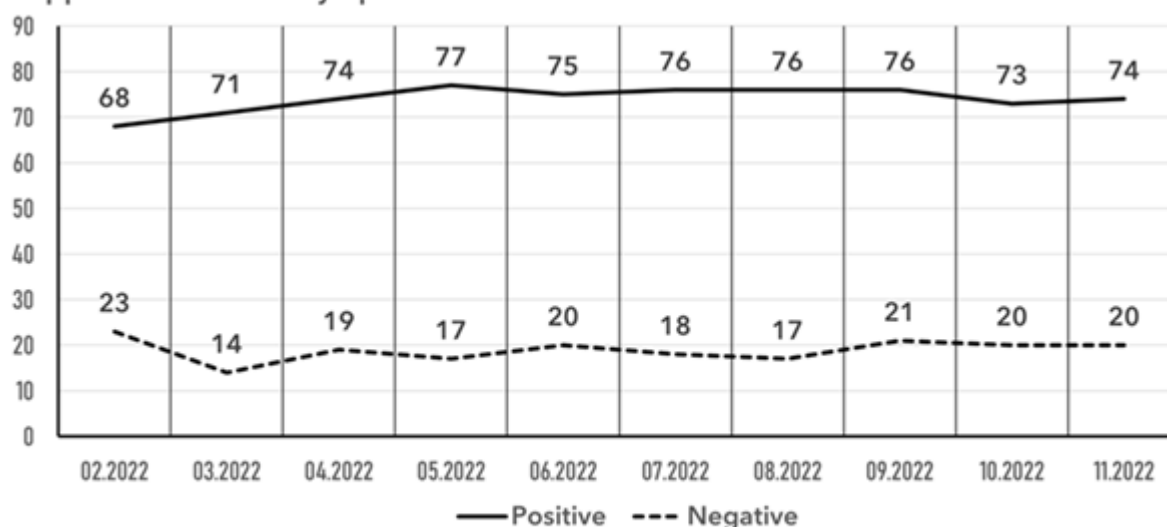
scheinen einer «geheimen» Umfrage nahe zu kommen, die vom russischen Oppositionsmedium Meduza enthüllt wurde und deren Ursprung und Authentizität nicht überprüft werden konnte.



[Source: <https://www.levada.ru/2022/12/02/konflikt-s-ukrainoj-noyabr-2022-goda/>]

Unsere Medien sehen darin eine Missbilligung der Politik des Kremls, doch in Wirklichkeit ist genau das Gegenteil der Fall. Es war der Westen, allen voran die Europäische Union und Grossbritannien, die Selenskij dazu zwangen, sich von den Verhandlungen zurückzuziehen, da er sonst keine westliche Hilfe mehr erhalten hätte. Es ist also zu beobachten, dass die russische Bevölkerung nicht nur weiterhin die Politik Wladimir Putins (dessen Beliebtheitsgrad im November 2022 bei 79 % liegt) gutheisst, sondern dass auch die Beliebtheit der «Falken» wie Dimitri Medwedew stetig steigt. Was man in den letzten Wochen beobachten kann, ist eine Verschiebung der russischen Meinung hin zu einer härteren Gangart, die sich durch einen wachsenden Verlust an Vertrauen in den Westen erklären lässt.

Support for the military operation in Ukraine in Russia



[Source: <https://www.levada.ru/2022/12/02/konflikt-s-ukrainoj-noyabr-2022-goda/>]

Im übrigen ist festzustellen, dass die russische öffentliche Meinung die Militäroperation in der Ukraine weiterhin stabil unterstützt. Im September (nach dem Abzug aus Charkow) war ein leichter Umschwung zu verzeichnen, was zeigt, dass die russische Gesellschaft die westlichen Informationen zwar aufnimmt, aber in der Lage ist, die Dinge auseinanderzuhalten.

Was wir nicht sehen, ist, dass die Russen Zugang zu westlichen Medien haben, die sie mit den Informationen (manche würden sagen: mit der Propaganda) in Russland konfrontieren können. Umgekehrt haben die Menschen im Westen keinen Zugang zu russischen Medien, und wenn Russen auf unseren Bildschirmen erscheinen, handelt es sich meist um Oppositionelle. Unser Bild von der Situation wird also absichtlich falsch vermittelt, damit die Öffentlichkeit die Ukraine weiterhin unterstützt.

Im Oktober 2021 berichtet «RTS», dass das unabhängige Medium «Dojd» in Russland als «ausländischer Agent» eingestuft wird, was bedeutet, dass seine Finanzierung oder sein Management ganz oder teilweise aus dem Ausland stammt. «Dojd» operiert seit Juni 2022 von Lettland aus, das ihm gerade seine Lizenz entzogen hat, da seine Kommentare «zu russlandfreundlich» seien! Willkommen in der EU-Demokratie (nein, «RTS» hat diese Information nicht geliefert).

Umgekehrt hat im Westen der Rückkopplungseffekt der Sanktionen die Wirtschaft geschwächt und das soziale Klima angespannt. Die Politik des Westens wird immer weniger akzeptiert und führt zu einem Anstieg der Extreme. Der vereitelte Putschversuch in Deutschland zeugt von den herrschenden Spannungen. Doch das ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Das Gefühl, Behörden und Medien würden die Realität «anpassen», um schlecht durchdachte, ideologisch gesteuerte Strategien zu rechtfertigen, fördert ein Gefühl der Revolte. Man könnte dies als Verschwörungstheorie bezeichnen,

wenn es nicht bewiesen wäre. Journalisten, die üble Ideen verbreiten, Medien, die alle abweichenden Gedanken ausschliessen, selbst wenn sie auf Fakten beruhen, tragen dazu bei, dieses Klima der Spannung und den Aufstieg neuer Faschismen zu erzeugen.⁷⁸

Der Westen ist nicht fähig, aus der Geschichte zu lernen, und unterschätzt systematisch die Sorge und das Mitgefühl der Russen für ihre Völker im Ausland. Das war der Grund für Russlands Intervention zugunsten Serbiens im Jahr 1914, das war der Grund für seine Intervention in Georgien im Jahr 2008 zugunsten der Südosseten, die von ihrer eigenen Regierung bombardiert wurden,⁷⁹ das war der Grund für seine Intervention in der Ukraine im Jahr 2022 und das wird der Grund für seine Intervention in Serbien im Jahr 2023 sein, wenn unsere Diplomatie nicht darauf achtet.

Fehlende Strategie und Kohärenz

Die Schweiz tritt zu Recht für das HVR ein. Unser Botschafter in Kiew ist ein würdiger Vertreter unserer Politik und nimmt legitimerweise Stellung für die Ukraine.

Aber warum hat er sich dann nicht schon vorher für dieses Prinzip eingesetzt und im Vorfeld gehandelt, um die Einhaltung des Minsker Abkommens und der Uno-Resolution 2202 (2015) durchzusetzen?

Ausserdem könnte man mit der gleichen Logik fragen, warum wir seit 2003 weiterhin diplomatische und Handelsbeziehungen mit den USA unterhalten haben? Wir haben also nicht nur Aggressoren, sondern auch Länder, die den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eindeutig belogen haben, belohnt. Nach welchen Kriterien vergibt die Schweiz Aggressionsprämien? Wieder einmal stelle ich die Frage: Warum ist der Konflikt in der Ukraine tadelnswerter und verurteilenswerter als frühere Konflikte, die wir (auch passiv) unterstützt haben?

Russland will die Ukraine nicht zerstören, sondern sie zu Verhandlungen drängen. Nicht eine Verhandlung mit der Nato, sondern mit der Ukraine, denn sein Ziel ist es, die direkte Bedrohung für die russischsprachige Bevölkerung im Donbas zu beseitigen. Das hat Wladimir Putin von Anfang an gesagt. Dieses Ziel betrifft heute jedoch auch die vier Oblaste im Süden des Landes, die sich der Russischen Föderation angeschlossen haben. Russland kann seine Ziele auf zwei Arten erreichen: auf diplomatischem Wege und durch Verhandlungen oder durch Gewalt, indem es das ukrainische Militärpotenzial zerstört.

Russland hat festgestellt, dass der Westen nicht nur acht Jahre lang nicht gewillt war, die Verhandlungslösung umzusetzen, sondern sich auch heute bemüht, jegliche Verhandlungen zu verhindern. Seit Ende Februar sabotierte der Westen die verschiedenen Versuche der Ukraine, zu verhandeln, indem er sie mit Waffen versorgte und sie drängte, die Kämpfe fortzusetzen. Denn der

Westen strebt nicht einmal einen Sieg der Ukraine an, sondern einen Regimewechsel in Russland. Das ist übrigens auch der Grund, warum Wolodimir Selenskij ein Dekret unterzeichnete, das verbietet, mit Russland zu verhandeln, solange Wladimir Putin an der Macht ist.

Das war der Zweck der massiven Sanktionen, die Russland in die Knie zwingen, es an der Fortsetzung seiner Operationen hindern und ihm so eine Niederlage aufzwingen sollten. So lautete die von der «RAND Corporation» für das Pentagon entwickelte Strategie.⁸¹ Diese Strategie hätte sicherlich im Jahr 2014 funktioniert, aber nicht mehr im Jahr 2022: Der Westen ist acht Jahre zu spät, und das RAND-Dokument sah alle Risiken für die Ukraine vor, die wir heute beobachten.

Bleibt also die harte Methode

Bis zum Anschlag auf die Brücke von Kertsch hatten die Russen die elektrische Infrastruktur nur gezielt getroffen, um die ukrainische Militärlogistik über Eisenbahn zu stören, aber es gab keine systematischen Zerstörungen. Nach den Anschlägen auf Darja Dugina und später auf Kertsch wurde den Russen klar, dass der Westen mit allen Mitteln versuchte, den Konflikt zu verlängern. Daher begannen sie, die ukrainische Strominfrastruktur systematisch zu treffen, allerdings nach einem bestimmten Schema. Einerseits wurde damit versucht, den Westen dazu zu bringen, nicht mehr die Verlängerung des Konflikts anzustreben, und andererseits sollte damit auf Terrorakte reagiert werden, die kein westliches Land verurteilte.

Es ist sicherlich fragwürdig, die zivile ukrainische Energieinfrastruktur zu zerstören. Ein Verbrechen rechtfertigt kein anderes. Aber wenn wir die USA, Grossbritannien und Frankreich, die dasselbe im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien getan haben, wie die [«Washington Post» berichtet](#), durch Sanktionen oder diplomatische Massnahmen verurteilt hätten, dann hätten die Russen vielleicht nicht so gehandelt. Sind es also nur Terroristen, die sich weigern, Aggressionen zu belohnen?

Im März 2019 wurde Wolodimir Selenskij mit der Idee gewählt, Frieden mit den Russen zu schliessen. Es waren die Neonazis, die ihm daraufhin sofort [mit dem Tod drohten](#), sollte er dies tun.⁸³ Seltsamerweise hat keines unserer Medien versucht, Selenskij zu unterstützen, indem sie sich gegen diese Drohungen auflehnten. Im Gegenteil, sie haben systematisch in die gleiche Richtung wie diese Neonazis gedrängt.

Es ist wichtig, Kriegsverbrechen anzuprangern, egal von welcher Seite sie kommen. Aber wenn man nur eine Seite verurteilt und die Verbrechen der anderen Seite systematisch verschweigt, ist das eine «Prämie für Verbrechen», die man gewährt. Seit 2014 haben unsere Medien die Anschläge auf das Zentrum von Donezk und die Zivilbevölkerung, den Einsatz von Landminen in bewohnten Gebieten, die Folter und die Massaker nie verurteilt, sondern im Gegenteil systematisch versucht, sie zu leugnen oder zu

verharmlosen. Wie oft hat die Schweiz gegen die Angriffe auf Zivilisten im Donbas protestiert oder sie verurteilt? Hätten unsere Medien, Diplomaten und Politiker damals reagiert, hätte Russland im Februar 2022 höchstwahrscheinlich nicht angegriffen. In jedem Fall lieferte ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Missachtung des HVR durch die Ukraine zwischen 2014 und 2022 Russland einen legitimen Grund für eine Intervention.

Unser Botschafter hat Recht, wenn er die Ukraine unterstützt. Aber seine Einschätzung der Situation führt ihn nicht zur richtigen Lösung, sondern trägt zu noch mehr Leid bei. Das HVR ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Aussenpolitik und muss es auch bleiben. Aber die Zeit ist nicht mehr reif für Ideologie. Unsere Diplomaten hatten acht Jahre Zeit, um das Internationale Humanitäre Völkerrecht in der Ukraine durchzusetzen. Sie haben es nicht getan und damit die Voraussetzungen für eine militärische Intervention geschaffen. Das ist eine schreckliche Fehleinschätzung. Hätten sie meine Analysen seit März weniger voreingenommen gelesen, hätten sie vielleicht gesehen, wie man den Kurs der Ukraine, der das Land vorhersehbar gegen die Wand fuhr, korrigieren könnte. Auch das haben sie nicht getan.

Was sich aus diesem Konflikt auf der Ebene unserer Aussenpolitik ableiten lässt, ist vielfältig. Zunächst einmal haben wir eine «variable Geometrie» in Bezug auf das Völkerrechtshilfegesetz. Die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts setzt jedoch eine strikte Unparteilichkeit voraus, die wir nicht mehr haben. Zweitens hat der Westen – einschliesslich der Schweiz – die Beziehungen zu Russland gegen eine Stärkung der atlantischen Einheit eingetauscht, wie Angela Merkel bestätigte. Wir haben den Frieden in Europa gegen den Zusammenhalt der Nato eingetauscht.

Wir haben das gleiche Problem mit dem Kosovo, den das Völkerrecht (Resolution 1244 des Unosicherheitsrats) als Territorium Serbiens betrachtet, dessen Unabhängigkeit die Schweiz jedoch anerkennt. Wir erkennen die Stimme des kosovarischen Volkes als über dem Völkerrecht stehend an, aber nicht die Stimme des Krim-Volkes, die am 20. Januar 1991 geäussert wurde, um vor der Unabhängigkeit der Ukraine «Subjekt der UdSSR» (und nicht der Ukrainischen Sozialistischen Republik) zu sein. Und wir geben der Ukraine, die die Krim 1995 de facto annektiert hat, einen Bonus. Wir wenden das Völkerrecht also so an, wie es uns gefällt.

Fragwürdiges Ziel: Russlands Zusammenbruch

Unsere Regierungen führen auf der Grundlage dessen, was die Medien sagen. Dies überträgt unseren Medien eine beträchtliche Verantwortung, der sie nicht mit Sorgfalt nachkommen, indem sie die Münchner Charta missachten, wie wir bereits in einigen Sendungen des Schweizer Fernsehens gesehen haben, die absichtlich «Fake News» verbreiten. Indem sie manchmal sogar den ukrainischen Medien widersprechen, beeinflussen unsere Medien die Art und Weise, wie wir auf die Krise reagieren. Hätten

sie Raum für unterschiedliche Meinungen gelassen, hätten sie es der Ukraine leichter gemacht. Aber das war nicht ihr Ziel. Ihr Ziel war es, Russland zum Zusammenbruch zu bringen, koste es, was es wolle, und die Schwäche ihres Narrativs verbietet es, andere zu Wort kommen zu lassen.

Alles, was wir heute beobachten: die enormen ukrainischen Verluste, den Verlust von Territorien und die Wirkungslosigkeit der Sanktionen hatte die «RAND Corporation» bereits 2019 in ihrer Strategie (auf Seite 100) gegen Russland vorausgesehen.⁸⁶ Wir im Westen (einschliesslich der Schweiz) haben diese Warnungen also in voller Kenntnis der Sachlage und auf sehr zynische Weise bewusst ignoriert und die Ukraine in diese Katastrophe gestürzt.

Ab dem 24. Februar berieten und unterstützten wir die Ukraine wie einen Sieger. Dabei hätten wir sie unterstützen müssen, als ob sie verlieren könnte. Getragen von ihrem Hass auf Russland, schlossen unsere Medien jede kritische Analyse der Handlungen der Ukraine aus und führten sie dazu, ihre Fehler zu wiederholen. Heute zahlt sie den Preis für die blinde und idiotische Selbstgefälligkeit unserer Journalisten und Politiker.

Es reicht nicht aus, sich einzureden, dass die Ukraine gewinnt, damit sie gewinnt. Seit März verkünden unsere Medien den Sieg der Ukraine, die Niederlage Russlands, den Zusammenbruch Russlands, seine Isolation und das baldige Ende von Wladimir Putin. Nichts davon ist passiert. Unsere Medien betreiben «wishfull thinking», um ihr Bedürfnis nach Hass zu befriedigen. Die Realität sieht anders aus. Die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, sich anders als durch Waffenlieferungen und Sanktionen durchzusetzen, unsere unterschiedliche Behandlung dieses Konflikts im Vergleich zu früheren Konflikten und die herablassenden Botschaften gegenüber Afrika haben den alten Kontinent diskreditiert und Eurasien, dessen Hauptakteure China, Indien und Russland sind, neues Leben eingehaucht.

Wir haben völlig versagt.

³ «Ukraine: Zelenskiy bans three opposition TV stations», dw.com, 3 février 2021

¹¹ Katherine Bayford, «Alexander Dugin was never Putin's brain», Unherd, 22 août 2022

¹³ Pjotr Sauer, «Alexander Dugin: who is Putin ally and apparent car bombing target?», The Guardian, 21 août 2022

¹⁴ «Putin's ideologist, chauvinist philosopher Dugin fired from work», Euromaidan Press, 28 juin 2014

¹⁵ «Comment un homme a changé la Russie», la-croix.fr, 26 avril 2005

¹⁷ «La chute de l'empire soviétique, vingt-cinq ans après», lemonde.fr, 8 septembre 2016

- ¹⁸ «Vladimir Fédorovski: «La chute de l'URSS est encore un traumatisme...», lefigaro.fr, 16 décembre 2016
- ¹⁹ «Poutine, l'incontournable patron de la Russie», France 24, 18 mars 2018
- ²¹ «Article de Vladimir Poutine «Sur l'unité historique des Russes et des Ukrainiens», belgium.mid.ru, 12 juillet 2021
- ²² Isabelle Mandraud dans l'émission «C dans l'air» du 11 janvier 2022 (« Poutine rêve d'URSS, l'Ukraine sous tension #cdanslair 11.01.2022 », France 5/YouTube, 12 janvier 2022) (08'55")
- ²³ Paul Gogo, «L'inquiétant article de Vladimir Poutine sur l'Ukraine», La Libre, 16 juillet 2021 (mis à jour le 18 juillet 2021)
- ²⁴ «Прийнят Закон «О коренных народах Украины»», rada.gov.ua, 1er juillet 2021
- ²⁵ «Слуга народу» Семінський проголосив позбавлення конституційних прав росіян, які проживають в Україні, zikua.news, 2 juillet 2021
- ²⁶ Benjamin Haddad, dans l'émission «C dans l'air» du 21 février 2022 (« Ukraine : que veut vraiment Poutine? #cdanslair 21.02.2022 », France 5/YouTube, 22 février 2022) (04'02")
- ²⁷ «Barroso reminds Ukraine that Customs Union and free trade with EU are incompatible», ukrinform, 25 février 2013
- ²⁹ «Transcript of Vladimir Putin's speech announcing 'special military operation' in Ukraine», The Sydney Morning Herald, 24 février 2022
- ³⁰ «A la rencontre du régiment Azov, accusé par la Russie d'être infesté de «néonazis»?», rts.ch, 16 avril 2022
- ³¹ Oleksiy Kuzmenko, «The Azov Regiment has not depoliticized», Atlantic Council, 19 mars 2020
- ³² Josh Cohen, «Ukraine's Got a Real Problem with Far-Right Violence (And No, RT Didn't Write This Headline)», The Atlantic Council, 20 juin 2018
- ³³ Allan Ripp, «Ukraine's Nazi problem is real, even if Putin's 'denazification' claim isn't», NBC News, 5 mars 2022
- ³⁵ Lev Golinkin, «The reality of neo-Nazis in Ukraine is far from Kremlin propaganda», The Hill, 9 novembre 2017
- ³⁷ Sylvain Besson, La Conquête de L'Occident. Le Projet secret des islamistes, éditions du Seuil, Paris, 7 octobre 2005
- ⁴² «Minsk deal was used to buy time – Ukraine's Poroshenko», The Press United, 17 juin 2022
- ⁴⁴ ««On s'en fout des propositions des séparatistes!»: quand Emmanuel Macron téléphonait à Vladimir Poutine pour éviter la guerre en Ukraine», franceinfo / AFP, 25 juin 2022
- ⁵⁰ «Erdogan announces new talks with Zelensky, Putin», The Kyiv Independent, 9 décembre 2022
- ⁵¹ «Turkey's Erdogan announces meetings with Zelenskyy, Putin», The New Voice of Ukraine, 9

décembre 2022

⁵² Lorenzo Tondo & Peter Beaumont, « Ukraine to start evacuations in Kherson and Mykolaiv regions as winter sets in », The Guardian, 21 novembre 2022

⁵⁵ James Dobbins, Raphael S. Cohen, Nathan Chandler, Bryan Frederick, Edward Geist, Paul DeLuca, Forrest E. Morgan, Howard J. Shatz, Brent Williams, « Extending Russia : Competing from Advantageous Ground », RAND Corporation, 2019

⁵⁶ Dave Lawler, « Ukraine suffering up to 1,000 casualties per day in Donbas, official says », Axios World, 15 juin 2022

⁵⁷ «Суровикин: российская группировка на Украине методично „перемалывает“ войска противника», TASS, 18 octobre 2022

⁵⁸ Michael R. Gordon & Gordon Lubold, «U.S. Altered Himars Rocket Launchers to Keep Ukraine From Firing Missiles Into Russia», The Wall Street Journal, 5 décembre 2022

⁵⁹ «An interview with General Valery Zaluzhny, head of Ukraine's armed forces», The Economist, 15 décembre 2022

⁶¹ Felicia Schwartz & Leila Abboud, « Joe Biden says he is prepared to speak to Putin about ending Ukraine war », Financial Times, 1er décembre 2022

⁶² Tristan Fiedler, «In Putin call, Scholz urges diplomatic solution, withdrawal of Russian troops», Politico, 2 décembre 2022

⁶⁵ Charles Szumski, « Macron's new security architecture opens Pandora's Box in Nato politics », euractiv.com, 5 décembre 2022

⁶⁶ Cynthia Kroet, «Merkel: EU will lift Russia sanctions when Minsk accords implemented», Politico.eu, 2 mai 2017

⁶⁸ «U-turn Time! Nato's Stoltenberg Now Says 'No Certainty' to Alleged Russian Invasion Plans of Ukraine», RT/YouTube, 29 janvier 2022

⁶⁹ Laurent Lagneau, «Guerre en Ukraine : Le directeur du renseignement militaire français poussé vers la sortie», OPEX360, 31 mars 2022

⁷⁰ «Ukraine Estimates Probability of Major Escalation With Russia as Low-Defence Minister», Reuters/USNews, 18 février 2022

⁷¹ Bridget Smart, Joshua Watt, Sara Benedetti, Lewis Mitchell & Matthew Roughan, « #IStandWithPutin versus #IStandWithUkraine: The interaction of bots and humans in discussion of the Russia/Ukraine war », The University of Adelaide, 15 août 2022 (mis à jour 20 août 2022)

⁷² Paul Waldie, «In the small Ukraine city Khust, a rare public display of dissent over war with Russia», The Globe and Mail, 2 mai 2022

⁷³ Kevin Liffey, «Putin says loss of trust in West will make future Ukraine talks harder», Reuters, 9

décembre 2022

⁷⁸ Vicente Navarro, «The Predictable Resurgence of Fascism and Nazism On Both Sides of the North Atlantic and Its Consequences», CounterPunch, 9 décembre 2022

⁷⁹ Andrew Rettman, «EU-sponsored report says Georgia started 2008 war», euobserver.com, 30 septembre 2009

⁸⁰ Liv Klingert, «Zelenskyy signs decree rejecting negotiations with Putin», The Brussels Times, 4 octobre 2022

⁸¹ James Dobbins, Raphael S. Cohen, Nathan Chandler, Bryan Frederick, Edward Geist, Paul DeLuca, Forrest E. Morgan, Howard J. Shatz, Brent Williams, « Extending Russia : Competing from Advantageous Ground », RAND Corporation, 2019

⁸³ Лилия Рагуцкая, «Ярош: если Зеленский предаст Украину – потеряет не должность, а жизнь», Obozrevatel, 27 mai 2019

⁸⁶ James Dobbins, Raphael S. Cohen, Nathan Chandler, Bryan Frederick, Edward Geist, Paul DeLuca, Forrest E. Morgan, Howard J. Shatz, Brent Williams, «Extending Russia: Competing from Advantageous Ground», RAND Corporation, 2019